
Vorwort*

Die Europäische Union hat schon zahlreiche Krisen hinter sich (dazu das Kapitel von Anja Riedeberger). Keine Krise davor aber wurde so breit wahrgenommen und intensiv diskutiert wie die aktuelle Eurokrise. Das zeigt: Mit der gemeinsamen Währung hat der europäische Integrationsprozess endgültig die Lebensverhältnisse großer Mehrheiten erreicht und Bewusstsein für europaweite Dependenz geschaffen. Der Euro hat zu neuen europäischen Konflikten geführt und damit die Menschen einander näher gebracht, also Gesellschaft gestiftet (dazu das Kapitel von Thilo Fehmel). Allerdings: eine Gesellschaft mit Problemen.

Die Geschichte der Europäischen Integration zeigt, dass Fortschritte der Integration in der Regel nach dem folgenden Muster stattfinden: Ein Integrationsschritt erzeugt Probleme, diese Probleme können kaum anders als durch einen weiteren Integrationsschritt bearbeitet werden, der über kurz oder lang wieder zu Problemen führt. Mit jedem Integrationsschritt werden Strukturen geschaffen, die intendiert oder nicht-intendiert die Handlungsoptionen bei der Bewältigung der folgenden Probleme ändern. Jeder Integrationsschritt prägt somit die folgenden Integrations-schritte. Denn Entscheidungen werden stets auf der Basis der bestehenden Strukturen und der sich daraus ergebenden Handlungszwänge getroffen. Das Wirken solcher Handlungszwänge in der EU erkennt man daran, dass Integrationsprobleme zu ergänzender Institutionalisierung führen. In dieser Logik hat die Reduzierung der Grenzkontrollen innerhalb der EU zur Vergemeinschaftung der Kontrolle der EU-Außengrenze und in deren Folge zur schrittweisen Europäisierung der Flüchtlingspolitik geführt (dazu das Kapitel von Isabel Hilpert). Derselben Logik folgt

* Unser kurzes Vorwort verweist auf die Teilnehmenden eines ungewöhnlich dichten Diskussionszusammenhangs am Institut für Soziologie der Universität Leipzig. Herausgeberin und Herausgeber danken allen Beteiligten herzlich für die Zusammenarbeit.

die Politik, die auf offenkundige Probleme der gemeinsamen Währung reagiert. Darum drehen sich die Analysen und Kontroversen in diesem Band.

Jeder Art von Krisenmanagement gehen Konflikte um Kriseninterpretationen voraus (dazu das Kapitel von Johannes Kiess). Das muss so sein, denn von der Frage, ob und wie eine soziale Konstellation als Krise definiert wird, hängt ab, welche Zwänge und welche Handlungsspielräume sich aus ihr ergeben. Dabei ist man sich, so tief der Dissens bezüglich Ursachen, Lösungswege und Kosten der Krise auch sein mag, in einem Punkte einig. Die Krise ergab sich aus der US-subprime crisis einerseits (dazu das Kapitel von Heiner Ganßmann) und der Institutionalisierung der gemeinsamen Europäischen Währung andererseits (dazu das Kapitel von Maurizio Bach). Gläubiger weltweit reagierten mit dramatischem Vertrauensabbau. Zur Stabilisierung des Gläubigervertrauens in einzelnen Euro-Mitgliedsländern wurden Bürgschaften und Unterstützungszahlungen gewährt, die mit der Disziplinierung nationaler Fiskalpolitiken Hand in Hand gingen (dazu das Kapitel von Jenny Preunkert). Damit wurden erste Schritte hin zur Europäisierung der Fiskalpolitik eingeleitet. Allerdings wurde die Restabilisierung des Gläubigervertrauens in jenen Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen mussten, mit sehr erheblichen sozialen Problemen erkaufte (dazu das Kapitel von Sylke Nissen).

Insgesamt hat die Eurokrise eine politische Integrationsdynamik in Gang gesetzt, die von nationalem Krisenmanagement über europäische Koordination nationaler Politiken zu einem deutlichen Kompetenzzuwachs der Europäischen Ebene führt (dazu das Kapitel von Georg Vobruba). Solche Kompetenzverschiebungen von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene sind ein integrationspolitischer Fortschritt, bewegen sich aber im Modus exekutivischer Politik. In Krisen muss rasch und möglichst effektiv gehandelt werden. Gerade in Finanzmarktfällen sind Maßnahmen meist nur dann wirksam, wenn sie den Betroffenen (etwa großen Finanzinvestoren) nicht vorweg bekannt sind. Demokratische Kontrolle verträgt sich aber weder mit hohem Tempo noch mit Geheimhaltung (dazu das Kapitel von Dorothee Riese). Darum sind Krisen die Stunde der Exekutive. Man kann dies verdammen, man kann dies gut finden, man kann dies als vorläufiges Resultat akzeptieren. Nach der Krise sollte Politik jedenfalls aus dem exklusiv exekutivischen Politikmodus wieder herausfinden. Allerdings sehen wir zurzeit kein theoretisches Argument im sozialwissenschaftlichen Europadiskurs, das eine Entwicklung in Richtung Demokratisierung einigermaßen verlässlich verbürgen könnte. Darum sollte der europäische Integrationsprozess von öffentlichen Diskursen begleitet werden. Fatal wäre es, wenn sich die politische Nach-Krisen-Routine im Schutz von öffentlichem Desinteresse entwickelte. Denn erst nachholende Demokratisierung macht aus dem Kompetenzzuwachs der Exekutive eine Errungenschaft der Krise.

Die Eurokrise hat die Europäische Integration nicht unterbrochen. Im Gegenteil: Die Krise hat Institutionen gefestigt und politische Möglichkeiten erweitert, hat aber der Europäischen Union auch zwei Problemkomplexe hinterlassen, ein gewachsenes Demokratiedefizit und immense soziale Probleme in den Defizitländern. Die Integrationspolitik muss beide Probleme energisch angehen, im Interesse der Betroffenen und um zu verhindern, dass die Probleme sich wechselseitig hochschaukeln und gegen die Integration wenden. Nach der Krise zeigt sich: Die Europäische Union hat mehr Möglichkeiten und steht vor viel mehr Herausforderungen.

Jenny Preunkert
Georg Vobruba

Krise und Integration

Gesellschaftsbildung in der Eurokrise

Preunkert, J.; Vobruba, G. (Hrsg.)

2015, XIII, 234 S. 20 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-09230-6